

Anfragen zum Plenum

in der 6. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Klaus Adelt
(SPD)

Nach aktuellen Medienberichten über Belastungen mit poly- und perfluorierten Chemikalien (PFC) und deren gravierenden Auswirkungen auf Umwelt und menschliche Gesundheit frage ich die Staatsregierung, wo genau es in Oberfranken und der Oberpfalz Belastungen von Wasser, Boden und ggf. Luft mit PFC gibt (bitte unter Angabe des jeweiligen Landkreises und Stadt- bzw. Gemeindegebiets sowie der Ausbreitungsfahne), welche Ergebnisse die dort jeweils durchgeführten Untersuchungen auf PFC an diesen belasteten Orten in den letzten zehn Jahren ergeben haben und welche Maßnahmen die zuständigen Behörden dort in den letzten zehn Jahren jeweils ergriffen haben?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Nachdem der Anschluss der B 15neu an die A 92 bei Essenbach ursprünglich für 2019 angekündigt war, aber nicht eingehalten wurde, frage ich die Staatsregierung, mit welchem Anschlussstermin sie derzeit rechnet, mit welchem Anschlussstermin durch eine Provisoriumslösung sie rechnet und warum die genannten Gründe für die Bauverzögerung in Bezug auf die Beschaffenheit des Untergrundes nicht bei den Voruntersuchungen festgestellt wurden?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich einer dauerhaften Beleuchtung des Parkplatzes bei Seußen an der B 303 zwischen der Autobahnanschlussstelle Marktredwitz und der Landesgrenze bei Schirnding, wird in diesem Zusammenhang auch die Installation einer digitalen Beschilderung realisiert und in welcher Höhe belaufen sich die Gesamtkosten?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, liegen ihr die jährlichen Umsetzungspläne und Ergebnisse der einzelnen Gesundheitsregionenplus in Bayern vor, wann finden die vorgeschriebenen regelmäßigen Geschäftsleitertreffen statt und wer prüft die halbjährlich vorzulegenden Fortschrittsberichte der Gesundheitsregionenplus?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist die sie bereit, den Vertrag zwischen der Stadt Coburg und dem Freistaat Bayern dahingehend zu ändern, dass die derzeitige Finanzierungsvereinbarung für das Landestheater Coburg (75 Prozent der Kosten der Generalsanierung des Hauptgebäudes, 50 Prozent der Kosten der Sanierung

des Nebenbaus sowie 75 Prozent der Kosten einer Interimsspielfläche) einen nachhaltigen, für Coburg und die Region Oberfranken langfristig interessanten Kulturbau (nicht nur Interimsspielfläche, die dann abgerissen werden soll, sondern eine Dauereinrichtung) ebenfalls mit 75 Prozent bezuschusst, warum will die Staatsregierung eine Interimsspielfläche, die nach Fertigstellung der Generalsanierung abgerissen werden soll, mit 75 Prozent fördern, aber ein nachhaltiges Projekt („Globe am Güterbahnhof“) lediglich mit 25 Prozent und ist die Staatsregierung bereit, zugunsten dieses kulturellen Leuchtturmprojekts in der Region Oberfranken die Sanierungspläne des Staatlichen Bauamts dahingehend anzupassen, um zu gewährleisten, dass die Betriebsgenehmigung für das Landestheater Coburg im derzeitigen Gebäude verlängert wird und die Möglichkeit, eine zukunftsfähige Entscheidung zu finden, gewährleistet ist?

Florian von Brunn
(SPD)

Nach aktuellen Medienberichten über Belastungen mit poly- und perfluorierten Chemikalien (PFC) und deren gravierenden Auswirkungen auf Umwelt und menschliche Gesundheit frage ich die Staatsregierung, wo genau es in den Regierungsbezirken Oberbayern und Niederbayern Belastungen von Wasser, Boden und ggf. Luft mit PFC gibt (bitte unter Angabe des jeweiligen Landkreises und Stadt- bzw. Gemeindegebiets sowie der Ausbreitungsfähigkeit), welche Ergebnisse die dort jeweils durchgeführten Untersuchungen auf PFC an diesen belasteten Orten in den letzten zehn Jahren ergeben haben und welche Maßnahmen die zuständigen Behörden dort in den letzten zehn Jahren jeweils ergriffen haben?

Kerstin Celina
(GRU)

Aufgrund der in den Medien bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten bei der Bezahlung von Taxifahrern während ihrer regulären Stand- beziehungsweise Wartezeiten, die als Arbeitsbereitschaft oder Bereitschaftsdienst betrachtet und mit dem Mindestlohn entlohnt werden müssen, frage ich die Staatsregierung, welche arbeitsrechtlichen Kontrollen im Taxigewerbe in Bayern in den letzten drei Jahren durchgeführt worden sind, welche Verstöße (insbesondere Bezahlung nach dem gesetzlichen Mindestlohn, Einhaltung der maximalen Arbeitszeit, Deklaration von regulären Standzeiten als Pausenzeiten, Zulassungsvoraussetzungen für das Taxigewerbe) nach Kenntnis der Staatsregierung dabei festgestellt wurden (bitte nach Bezirken gegliedert auflisten) und in welchem Status sich nach Kenntnis der Staatsregierung die Taxifahrer befanden, bei denen Verstöße festgestellt worden sind (angestellt oder selbstständig)?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, auf wie hoch die staatliche Agrarberatung Kostenmehrungen durch Verzicht auf den Einsatz von Glyphosat bzw. komplett aller Pestizide bei den wichtigsten zehn landwirtschaftlichen Einsatzgebieten veranschlagt, welche Kompensationsmöglichkeiten die staatlichen Umwelt- und Kulturlandschaftsprogramme bieten, die diese höheren Aufwendungen ganz oder teilweise kompensieren, und ob die Staatsregierung diese Kompensationen für ausreichend hält?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, warum sollte die Familie Sargsyan am 30.01.2018 aus der Gemeinschaftsunterkunft in Aschaffenburg abgeschoben werden, war der Einsatz der Polizei mit Polizeibussen und einer großräumigen Absperrung nicht völlig unverhältnismäßig und lag für das gewaltsame Eindringen der Polizei in die Wohnung von Frau Sargsyan überhaupt ein Durchsuchungsbefehl vor (wenn nicht, bitte juristisches Vorgehen begründen)?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Nachdem in § 13 des Waffengesetzes nicht geregelt ist, welche Anzahl an jagdlich genutzten Langwaffen durch Jäger bezogen werden darf, frage ich die Staatsregierung, wie viele Langwaffen derzeit im Besitz von Jägerinnen und Jägern in Bayern sind und wie sie zu einer zahlenmäßigen Begrenzung des Langwaffenerwerbs in Bayern steht?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wurden ähnliche Versuche wie die Menschen- und Tierversuche der deutschen Autoindustrie auch in Bayern durchgeführt und wenn ja, an wem und wer hat sie bewilligt?

Ulrike Gote
(GRU)

Wie beurteilt die Staatsregierung die Versorgung von Epilepsiepatientinnen und -patienten im Regierungsbezirk Oberfranken vor dem Hintergrund, dass es in Oberfranken kein Epilepsiezentrum gibt, wird die Ambulanz Neuropädiatrie und Epileptologie für Kinder am Klinikum Bayreuth, die nur bis zum 30.06.2018 genehmigt ist, weitergeführt werden und wird die Staatsregierung dafür sorgen, dass auch in Oberfranken ein Epilepsiezentrum aufgebaut wird, um eine gute Infrastruktur für eine umfassende und wohnortnahe Betreuung der Betroffenen und deren Familien sicherzustellen?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist die Belegung der Abschiebehaftanstalt Justizvollzugsanstalt (JVA) Eichstätt seit Beginn der Inbetriebnahme bis heute (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Kalenderwochen und Geschlecht), wie stellt sich der Personaleinsatz seit 01.01.2018 dar (aufgeschlüsselt nach Justizbediensteten, Polizeikräften der Polizeiinspektion – PI – Eichstätt, PI Ingolstadt, Bereitschaftspolizei, Bundespolizei, Einsatz in Gebäude und für Fahrten) und welche Vorstellungen hat das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr für die zukünftige Belegung und den Einsatz der operativen Ergänzungsdienste?

Martin Güll
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele befristete Arbeitsverträge für Lehrkräfte gibt es, wie viele davon sind sachgrundlos und wie viele Lehrkräfte erhielten eine Verlängerung ihres Arbeitsvertrages (bitte nach Schularten getrennt angeben)?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, warum gibt es im Landkreis Lindau noch keine ambulante Palliativversorgung, was kann oder möchte die Staatsregierung zur Beseitigung dieses Zustands tun und warum gibt es in Bayern – anders als in Baden-Württemberg – keine flächendeckende Versorgung (bitte die Landkreise auflisten, die derzeit noch keine ambulante Palliativversorgung haben)?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie lange ist die Aufenthaltsdauer jeweils in den Transitzentren und der Aufnahmeeinrichtung Oberfranken (AEO) Bamberg (bitte nach Jahren und aufgeschlüsselt und nach Altersgruppen auflisten, die Aufenthaltsdauer bitte folgend dermaßen aufschlüsseln: weniger als vier Wochen, bis zu drei Monaten, bis zu sechs Monate, bis zu ein Jahr, länger als ein Jahr), warum werden die Flüchtlinge nach der Ablehnung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht auf die kommunalen Gemeinschaftsunterkünfte verteilt (wie unter § 47 Abs. 1b des Asylgesetzes geregelt, müssen Asylbewerber und Asylbewerberinnen, die einfach abgelehnt werden – Ablehnung des BAMF als einfach – dann ausziehen dürfen, nur diejenigen, die eine offensichtlich unbegründet Entscheidung oder unzulässige Entscheidung bekommen, können bis zur Ausreise in den Transitzentren bzw. AEO Bamberg untergebracht werden) und wie viele Menschen (bitte die Herkunftsländer benennen) wurden in den letzten 24 Monaten im Anschluss in kommunale Gemeinschaftsunterkünfte und die Gemeinschaftsunterkunft des Transit-zentrums und der AEO Bamberg verlegt (bitte nach Jahren und Monaten aufschlüsseln)?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Anzahl der genehmigten Saufänge in den letzten zehn Jahren verändert, sieht die Staatsregierung den Saufang als ein mögliches Mittel, um die Anzahl der Wildschweine auch im Hinblick auf die drohende Afrikanische Schweinepest zu reduzieren und welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um die Genehmigung für einen Saufang zu erhalten?

Ulrich Leiner
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, unterstützt sie die Forderung bei der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2020 das Dauergrünland bei den Direktzahlungen besser zu stellen als Ackerflächen?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum ist es nicht möglich, dass die Münchener S-Bahn S 7 in einem durchgängigen 20 Minuten-Takt verkehrt (insbesondere in Stoßzeiten zwischen 08:00 und 10:00 Uhr) und warum werden an Wintertagen Zugausfälle nicht über die MVG-App kommuniziert?

Dr. Christian Magerl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, hält sie den Aufruf des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen, sich für die nach aktuellem EU-Recht illegale „Initiative für wolfsfreie Zonen“ einzusetzen, mit dem Beamtenstatusgesetz zur Mäßigung und Zurückhaltung für vereinbar?

Jürgen Mistol
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen mit dem personengebundenen Hinweis (PHW) „Ansteckungsgefahr“ sind in Bayern derzeit im Informationssystem der Polizei (INPOL) erfasst, wie viele davon sind zur Fahndung ausgeschrieben und wie viele dieser Personen sind im Kriminalaktennachweis (KAN) erfasst?

Thomas Mütze
(GRU)

Da ab dem 25.05.2018 das neue Bundesdatenschutzgesetz (BDSG neu) in Kraft tritt, frage ich die Staatsregierung, in welcher Weise kleinen Hotels und Pensionen bei der Umsetzung der Neuerung geholfen wird, an wen sich deren Inhaberinnen und Inhaber bei Fragen wenden können und welche Kosten durch die Umsetzung der neuen Datenschutzgrundverordnung für die Beherbergungsbetriebe entstehen?

Verena Osgyan
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Projekte für Kinder und Jugendliche zur Förderung von deren IT- und Digitalisierungskompetenz der Freistaat Bayern derzeit fördert (bitte detailliert auflisten), welche Mittel derzeit dafür zur Verfügung stehen und in welchem Umfang ein weiterer Ausbau geplant ist?

Kathi Petersen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Kommunen im Regierungsbezirk Unterfranken kann der Glasfaserausbau aufgrund von EU-Vorgaben nur in den Teilen der jeweiligen Kommune gefördert werden, in denen nicht bereits Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens 30Mbit/s („schnelles Internet“) existieren (Antworten bitte aufgeteilt nach Landkreisen und kreisfreien Städten) und die somit nicht durch das bayerische Breitband-Förderprogramm unterstützt werden können, wie ist der aktuelle Stand der Anstrengungen der Staatsregierung, sich bei den entsprechenden Stellen in der EU für eine Untergrenze der Definition von „schnellem Internet“ ab 100Mbit/s einzusetzen und mit welchen konkreten Maßnahmen wird die Staatsregierung den Regierungsbezirk Unterfranken zusätzlich unterstützen?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der derzeitige Bedarf an Lehrkräften an Grund- und Mittelschulen im Landkreis Ebersberg (bitte aufgeschlüsselt nach Standorten), um eine lückenlose Beschulung sicherzustellen, wie gedenkt die Staatsregierung die vorhandene Lücke bei den Lehrkräften auch kurzfristig zu schließen, und wie wird sichergestellt, dass bis zum Ende des Schuljahres 2018/2019 ausreichend Stunden für die Mobile Reserve zur Verfügung stehen?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele antisemitische Straftaten wurden in 2017 in Bayern verübt (bitte einzelne Delikte detailliert darstellen und nach Anzahl, Art und Motivation der Straftaten aufschlüsseln), wie viele Ermittlungsverfahren wurden wegen antisemitischer Straftaten in 2017 eingeleitet (bitte nach Art und Motivation der Straftaten aufschlüsseln) und in wie vielen Fällen kam es 2017 mit Blick auf antisemitische Straftaten zur Erhebung einer Anklage, Verurteilung oder Einstellung der Ermittlungen?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Nach aktuellen Medienberichten über Belastungen mit poly- und perfluorierten Chemikalien (PFC) und deren gravierenden Auswirkungen auf Umwelt und menschliche Gesundheit frage ich die Staatsregierung, wo genau es in den Regierungsbezirken Mittelfranken und Unterfranken Belastungen von Wasser, Boden und ggf. Luft mit PFC gibt (bitte unter Angabe des jeweiligen Landkreises und Stadt- bzw. Gemeindegebiets sowie der Ausbreitungs-

fahne), welche Ergebnisse die dort jeweils durchgeführten Untersuchungen auf PFC an diesen belasteten Orten in den letzten zehn Jahren ergeben haben und welche Maßnahmen die zuständigen Behörden dort in den letzten zehn Jahren jeweils ergriffen haben?

Franz Schindler
(SPD)

Angesichts des Mangels an psychologischen und psychiatrischen Gerichtsgutachtern und der dadurch verursachten Verzögerung von Verfahren in familienrechtlichen Angelegenheiten und in Straf- und Strafvollstreckungssachen frage ich die Staatsregierung, was sie unternimmt, damit die Zahl der für die Begutachtung in familienrechtlichen Angelegenheiten und in Straf- und Strafvollstreckungssachen geeigneten Sachverständigen steigt und was sie, außer der Begleitung entsprechender Gesetzesänderungen auf Bundesebene und der Übernahme der Schirmherrschaft für ein Kompetenzzentrum für Gutachten, unternimmt, um die Qualität von Gerichtsgutachten in den genannten Bereichen zu sichern und zu erhöhen?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Da ich bereits am 21.07.2017 den Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, in einem Schreiben um Auskunft zum Thema „Höhe der Mietkosten für die angemieteten Immobilien des Freistaates Bayern; Deutsches Museum Nürnberg“ gebeten habe, worauf mir eine Mitarbeiterin des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (StMFLH) am 02.08.2017 eine „schnellstmögliche Nachricht“ zusicherte, ich bis Dezember 2017 leider keine weitere Antwort erhalten habe, in einem von mir veranlassten Telefonat mit dem StMFLH am 05.12.2017 lediglich gebeten wurde, mein Anliegen per E-Mail zu senden (was auch noch am selben Tag geschah) und ich nach über sechs Monaten noch immer keine Antwort auf meine Frage erhalten habe, bitte ich die Staatsregierung mir mitzuteilen, bei welchen vom Freistaat Bayern angemieteten Immobilien die Jahreskaltmiete 100.000 Euro und mehr beträgt, wie hoch die Jahreskaltmiete jeweils konkret ist und wie viele Quadratmeter Nutzfläche diese Immobilien jeweils haben?

Katharina Schulze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen wurden im Jahr 2017 in Bayern Opfer häuslicher Gewalt (bitte nach Geschlecht, Delikt und nach versuchten bzw. vollendeten Taten aufschlüsseln), welche Delikte waren jeweils in dem Phänomenbereich „Häusliche Gewalt“ zu verzeichnen und in welcher Täter-Opfer-Beziehung befanden sich die Personen?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen gibt es in Bayern, die erforderlichen Veränderungen in der Schweinehaltung umzusetzen, die sich aus dem Magdeburger Kastenstandsurteil ergeben, wie sind die Ergebnisse der diesbezüglichen Versuche an der Landesanstalt für Landwirtschaft in Schwarzenau und wie beurteilt die Staatsregierung die Auswirkungen auf das Qualitäts- und Herkunftssicherungsprogramm „Geprüfte Qualität - Bayern“ durch eine Haltungskennzeichnung bei Frischfleisch, wie sie jetzt bei Lidl eingeführt wird?

Claudia Stamm
(fraktionslos)

Ich frage die Staatsregierung, was hat sie bisher unternommen, um die EU- Richtlinie 2013/55/EU bis zum 18.01.2020 umzusetzen, wurden entsprechende Maßnahmen getroffen einen Studiengang zur Akademisierung der Hebammenausbildung zu implementieren (bitte Namen der Hochschulen bzw. Fachhochschulen auflisten) und welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Wettbewerbsnachteile der sich in Bayern in Ausbildung befindenden Hebammen und Geburtspfleger gegenüber Hebammen und Geburtspflegerinnen, die eine akademisierte Ausbildung nach der EU-Richtlinie absolvieren, auszugleichen?

Rosi Steinberger
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welcher seitliche Abstand muss bei der Neupflanzung von Alleebäumen vom Fahrbahnrand zwingend eingehalten werden und welche Unterschiede bzw. Spielräume gibt es bei den verschiedenen Straßenklassen (Bundesstraße, Staatsstraße, Kreisstraße und Ortsverbindungsstraße)?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Neueinstellungen und Ruhestandsversetzungen von Lehrkräften erfolgen zum Schulhalbjahr im Februar 2018 und wie viele Stellen können derzeit nicht durch Lehrkräfte mit entsprechender Lehramtsbefähigung für die jeweilige Schulart besetzt werden (bitte jeweils aufgeschlüsselt nach Schularten und als prozentualen Anteil an der Gesamtzahl der Lehrerstellen für die Schularten ausweisen)?

Martin Stümpfig
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ist die folgende Aussage in der „Stellungnahme zur Bewertung des Zusätzlichen Nachwärmeabfuhr- und Einspeisesystems ZUNA des Kernkraftwerks Gundremmingen als Teil des Sicherheitssystems (Sicherheitseinrichtung)“ der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) und des Physikerbüro Bremen: „Es besitzt jedoch keinen eigenen Einspeisestutzen am RDB (Reaktordruckbehälter), sondern bindet innerhalb des Sicherheitseinschlusses zwischen RDB und den beiden Durchdringungsarmaturen in die Saugleitung der modifizierten Abfahrkühlleitung des Stranges TH2 ein“ zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch richtig bzw. ist die Auskunft des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz vom 04.01.2018: „Es bindet nicht in einen Einspeisestrang der 3 redundanten Notkühlsysteme ein“ zutreffend und welche baulichen Veränderungen wurden beim ZUNA-Einspeisesystem in den vergangenen Jahren vorgenommen?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Sachstand betreffend die Verfüllung der Bentonitgrube in Gammelsdorf, gerade auch im Hinblick auf die Wasserbelastung, ab wann wird dort verfüllt und welche Kontrollmaßnahmen gibt es, um sicherzustellen, dass nur erlaubtes Material verfüllt wird?

Herbert Woerlein
(SPD)

Nach aktuellen Medienberichten über Belastungen mit poly- und perfluorierten Chemikalien (PFC) und deren gravierenden Auswirkungen auf Umwelt und menschliche Gesundheit frage ich die Staatsregierung, wo genau gibt es in dem Regierungsbezirk Schwaben Belastungen von Wasser, Boden und ggf. Luft mit PFC

(bitte unter Angabe des jeweiligen Landkreises und Stadt- bzw. Gemeindegebiets sowie der Ausbreitungsfahne), welche Ergebnisse haben die dort jeweils durchgeführten Untersuchungen auf PFC an diesen belasteten Orten in den letzten zehn Jahren ergeben und welche Maßnahmen haben die zuständigen Behörden dort in den letzten zehn Jahren jeweils ergriffen?

Isabell Zacharias
(SPD)

Nachdem die Nachfolge der Leitung des Bayerischen Nationalmuseums ansteht, frage ich die Staatsregierung, wie diesbezüglich der Sachstand ist, welche Kriterien bei der Besetzung der Generaldirektion eine Rolle spielen und ob die Stelle international ausgeschrieben wurde?